

# Notizen

Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich grundsätzlich für den Aufbau einer Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken für die Menschen im früheren Ostblock entschieden. Das gab das Sekretariat der Bischofskonferenz nach der Sitzung des Ständigen Rates am 23./24. November 1992 bekannt, bei der ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde. Bischöflicher Beauftragter für die Solidaritätsaktion wird der Trierer Weihbischof Leo Schwarz. Den finanziellen Grundstock für die neue Aktion soll eine überdiözesane Kollekte für kirchliche Aufgaben in Mittel- und Osteuropa legen, die am 2. Mai 1993 durchgeführt wird. Über die genauere Ausgestaltung der Aktion wird auf der Frühjahrsvollversammlung 1993 beraten bzw. entschieden. – Für eine Solidaritätsaktion deutscher Katholiken für die früher kommunistisch beherrschten Länder in Europa hat sich vor allem das Zentralkomitee der deutschen Katholiken stark gemacht; es verabschiedete auf seiner Herbstvollversammlung 1992 (vgl. ds. Heft, S. 6) entsprechende Leitgedanken.

Zum neuen Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wurde der 49jährige Pfarrer Peter Steinacker gewählt. Er tritt im Frühjahr die Nachfolge von Kirchenpräsident Helmut Spengler an. Der neue hessen-nassauische Kirchenpräsident ist habilitierter systematischer Theologe und war zuletzt als Pfarrer in Wuppertal tätig.

In einem epd-Interview hat der scheidende EKD-Bevollmächtigte in Bonn, Bischof Heinz-Georg Binder, das deutsche Staat-Kirche-Verhältnis verteidigt. In der Kritik an diesem Verhältnis drücke sich teilweise ein Stück Geschichtslosigkeit aus. Die Bundesrepublik sei kein christlicher Staat, sondern ein „freiheitlicher Staat, in dem Christen und Nichtchristen, Katholiken und Protestanten und auch Muslime“ leben. Jeder Staat brauche aber auch Wert- und Zielvorstellungen; es müsse sich ein Konsens über für den Staat notwendige ethische Fragen herausbilden: „Nach unserer Geschichte war das Christentum zwar nicht die einzige prägende Kraft, aber eine der ganz wesentlich prägenden Kräfte.“ Wer heute die absolute Trennung von Kirche und Staat verlange und damit die Kirche zurückdrängen wolle,

handle ohne Einsicht in die Wahrheiten, die die Geschichte aufbebe.

Das neue Statut der Deutschen Bischofskonferenz ist vom Apostolischen Stuhl für fünf Jahre approbiert worden. Im Vorfeld der erforderlichen Approbation des Statuts war vor allem darüber spekuliert worden, ob Rom die dort wie bisher vorgesehene Beteiligung der Weihbischofe an der Wahl des Vorsitzenden billigen würde. Angesichts des allgemeinen römischen Trends, die Befugnisse der Weihbischofe einzuschränken und der besonders hohen Zahl von Weihbischofen in Deutschland rechnete man in diesem Punkt mit Schwierigkeiten. Rom hat jedoch das neue Statut in der von den Bischöfen eingereichten Fassung approbiert. Damit werden die Weihbischofe auch bei der im Herbst 1993 anstehenden Wahl des Vorsitzenden mit qualifiziertem Stimmrecht mitwählen.

Anlässlich des dreißigjährigen Jubiläums der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils im Oktober 1992 hat es der Wiener Alterzbischof, Kardinal Franz König, als großes Verdienst Johannes' XXIII. bezeichnet, seinerzeit mit dem Konzil die Weichen von der Defensive auf die Offensive umgestellt zu haben. Wenn das Konzil nicht gewesen wäre, so König, gäbe es heute noch weniger Priester und noch weniger Gottesdienstbesucher. Vielleicht werde die Kirche ihre missionarische Kraft erst neu entfalten, wenn mit der beim Konzil begonnenen Wiederentdeckung der Laien ernst gemacht werde und Rolle und Zeugnis der katholischen Laien in der Welt von heute entsprechende Beachtung finde. Der von Johannes XXIII. mit dem Konzil beabsichtigte „Sprung nach vorwärts“ sei nicht so gelungen, wie erhofft; er sei aber auch nicht mißlungen.

Anlässlich des „Tags der Menschenrechte“ am 10. Dezember 1992 und der in dessen Rahmen abgehaltenen Bundestagsdebatte forderte die internationale Gefangenenghilfsorganisation „amnesty international“ in einem offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten eine klare Zielbestimmung für deutsche Menschenrechtspolitik. Die jüngsten Besuche bundesrepublikanischer Politiker in China und der Türkei

hätten gezeigt, daß die Bundesregierung mit Menschenrechtsverletzungen „selektiv und instrumentalisierend“ umgehe. Der Schutz der Menschenrechte müsse in allen Bereichen deutscher Politik gleichermaßen gefördert werden. Dies gelte für die Außen- und Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Sicherheits- und Innenpolitik.

Ein neues entwicklungspolitisches Dialogprogramm hat die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) Anfang Dezember 1992 vorgestellt. Ziel des ökumenischen Dialogprogrammes sei es, den Stellenwert der Entwicklungspolitik zu erhöhen und unter allen maßgeblichen Kräften in Politik und Gesellschaft in Deutschland und den Partnerländern in der Dritten Welt, den Gedankenaustausch über Nord-Süd-Fragen zu fördern, erklärte Harry Ney von der GKKE. Den Auftakt des Dialogprogrammes, das bis 1996 fortgeführt werden soll, bildete eine „Internationale ökumenische Konsultation“, an der rund 30 Kirchenvertreter aus Entwicklungsländern teilnahmen.

Der Vorsitzende der guatemalteckischen Friedenskommission, Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño von Zacapa, sprach sich angesichts der ins Stocken geratenen Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Guerilla in dem mittelamerikanischen Land für eine möglichst rasche Unterzeichnung des geforderten Menschenrechtsabkommens aus, da dieses einen wichtigen Schritt zum Frieden bedeute. Das Abkommen ist zwar ausgehandelt, die Unterzeichnung stehe aber noch aus. Die Regierung wolle zunächst ein allgemeines Friedensabkommen erarbeiten, die Guerilla dagegen bestehe auf der sofortigen Ratifizierung des Menschenrechtsvertrages, überwacht von der UNO. Als schwierigstes Problem auf dem Weg zum Frieden nannte der Erzbischof die Entwaffnung der Guerilla. Zudem erschwere die ungelöste Frage der besseren sozialen Integrierung der Indio-Völker die Situation.

Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe sind ein Prospekt der Firma Strässer, Stuttgart, und zwei Verlegerbeilagen beigelegt.*